

Der Markt Garmisch-Partenkirchen erläßt aufgrund § 2 Abs. 1, 3 und 4 des Baugesetzbuches (BauGB), Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO), Art. 91 Abs. 3 der Bayerischen Bauordnung (BayBO), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) und der Verordnung über Festsetzungen im Bebauungsplan vom 22.6.1961 (GVBl. S. 161) diesen Bebauungsplan als Satzung.

A) FESTSETZUNGEN

1. Geltungsbereich

 = Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

2. Art der baulichen Nutzung

 = Sondergebiet Hotel gemäß § 10 BauNVO

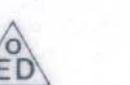
3. Maß der baulichen Nutzung

Das höchstzulässige Maß der baulichen Nutzung wird bestimmt durch die Zahl der Vollgeschosse und der Geschoßflächenzahl.

 = Baugrenze

 = Zahl der Vollgeschosse (Höchstgrenze)

4. Bauweise: Offene Bauweise gem. § 22 Abs. 2 BauNVO

 = nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig.

5. Darstellung

Im Bebauungsplan sind Art und Maß der baulichen Nutzung und die Bauweise einheitlich folgendermaßen dargestellt:

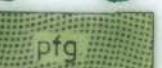
	Zahl der Vollgeschosse
Grundflächenzahl	Geschoßflächenzahl
—	Bauweise

6. Öffentliche Verkehrs- und Grünflächen

 = Straßen- und Grünflächenbegrenzungslinie

 = öffentliche Verkehrsfläche, einschl. der Fußwege

 = neu zu pflanzende Bäume

 = Pflanzgebot; Fläche zum pflanzen von Bäumen und Sträuchern

7. Garagen und Stellplätze

T.Ga = Tiefgarage

Auf dem Hotelgrundstück dürfen max. 5 Stellplätze oberirdisch angelegt werden; die erforderlichen Stellplätze müssen in der Tiefgaragen nachgewiesen werden.

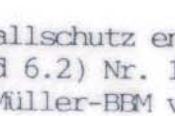
Bei Errichtung der Tiefgarage ist durch bauliche oder sonstige technische Vorrangreihungen sicherzustellen, daß den Anforderungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes Rechnung getragen wird.

8. Baugestaltung

Die örtliche Bauvorschrift des Marktes Garmisch-Partenkirchen ist Inhalt dieses Bebauungsplanes.

 = Firstrichtung

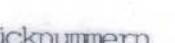
9. Immissionsschutz

 = Lärm- und Schallschutz entsprechend Schallschutzzutaten (Ziff. 6.1 und 6.2) Nr. 15475/9 des Schalltechnischen Beratungsbüros Müller-BBM vom 9.3.1989

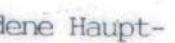
B) HINWEISE

1.  bestehende Grundstücksgrenzen

2.  Grundstücksgrenzen, die entfallen sollen

3.  Flurstücknummern

4.  vorhandene Haupt- und Nebengebäude

5.  vorhandene Haupt- und Nebengebäude, die abgebrochen werden müssen

VERFAHRENSVERMERKE

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

am 19.5.1988

2. VORGEZOGENE BÜRGERBETEILIGUNG § 3 Abs. 1 BauGB

vom 12.9.1988 bis 14.10.1988

3. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG § 3 Abs. 2 BauGB

vom 19.6.1989 bis 21.7.1989

und 15.10.1990 bis 23.11.1990

4. SATZUNGSBESCHLUSS § 10 BauGB

am 12.10.1989

und 27.12.1990

5. PRÜFUNG DURCH DIE REGIERUNG VON OBERBAYERN § 11 BauGB

Nr. 222-4622/1-GAP-6-3(90)

vom 28.08.1990

6. ORTSÜBLICHE BEKENNTMACHUNG § 12 BauGB

am 24.1.1991

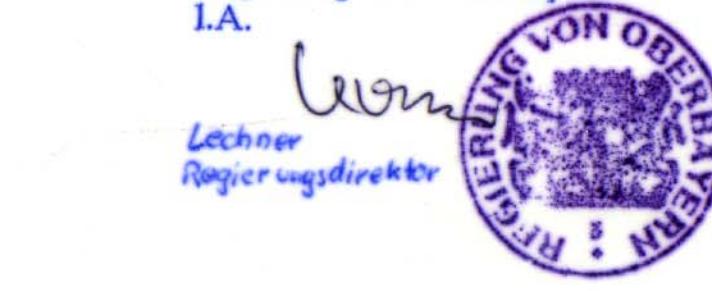
Der Bebauungsplan mit Begründung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden im Rathaus Zi. 65, 66 und 75 zu jedermann's Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft. Auf die Rechtsfolgen der §§ 44, 214 und 215 BauGB wurde hingewiesen.

Die Regierung von Oberbayern hat mit Bescheid vom 28.08.1990

Az. 222-4622/1-GAP-6-3(90)

eine Verletzung von Rechtsvorschriften nach § 11 Abs. 3 BauGB nicht geltend gemacht.

Regierung von Oberbayern
I.A.


Lechner
Regierungsdirektor

